

Stockender Grenzverkehr zwischen Schule und Beruf

Der Übertritt der jeweils nachwachsenden Generation von der Schule ins Berufsleben müsste, so sollte man meinen, im Prozess des Erwachsenwerdens der selbstverständlichste Vorgang der Welt sein; eine Statuspassage, die einfach zum Leben dazugehört. – Doch so einfach ist es leider nicht.

Zwar versuchen die allgemeinbildenden Schulen ihre Schülerinnen und Schüler auf die Berufswahl vorzubereiten. Und auch die Berufsschulen sind dazu da, den Berufseinstieg zu begleiten und zu unterstützen. Dennoch stockt der Grenzverkehr. An den Grenzübergängen zur Arbeitswelt kommt es zu langen Warteschlangen. Nicht jedem wird Eintritt gewährt und viele werden schon in der Probezeit wieder zurückgeschickt.

Ein Hindernis für den reibungslosen Übergang, wie wir spätestens seit PISA 2000 wissen, besteht darin, dass der allgemeinbildende Unterricht an deutschen Schulen über 20 Prozent jedes Schülerjahrgangs mit Kenntnissen und Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen entlässt, die eher auf Grundschulniveau liegen. Mit diesen spärlichen Basisqualifikationen wird dann der weitere Aufbau von Problemlösefähigkeiten, von systematischen Denkstrategien und der Fähigkeit, Kontexte zu berücksichtigen, behindert. Gerade diese Fähigkeiten sind aber für anspruchsvolle Ausbildungs- und Schulberufe unerlässlich.

Ein zweites Problem liegt darin, dass es zu wenig attraktive und perspektivreiche Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche gibt. Nur 30 Prozent der Betriebe bilden überhaupt aus, mit der Zahl der Insolvenzen schrumpft die Zahl der Ausbildungsplätze.

Die Mehrheit der Jugendlichen, also über 50 % derjenigen, die eigentlich eine betriebliche Ausbildung machen möchten, verschwinden in einem Dschungel von Berufsvorbereitungsmaßnahmen oder versuchen auf Berufsfachschulen ihre Vermitt-

lungschancen für die Folgejahre zu verbessern.

Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung zeigen aber, dass die Jugendlichen in diesem Übergangssystem vor allem älter werden, nicht unbedingt gebildeter, selbstbewusster, ehrgeiziger oder beruflich besser orientiert. Sie tauchen nach jeder Warteschleife als Altbewerber wieder auf. In der öffentlichen Statistik aber gelten sie als „versorgte“ Bewerber. Die Gesellschaft täuscht sich so über die wahren Verhältnisse hinweg und steht dann irritiert vor dem Resultat: Fünfzehn von hundert Schulabgängerinnen und -abgängern sind noch im 30. Lebensjahr ohne jeden beruflichen Abschluss.

Eigentlich dürfte das gar nicht verwundern. Wer vom traditionellen Schulunterricht zehn Jahre lang nicht profitiert hat, dem wird ein Mehr-Dasselben wohl kaum im elften oder zwölften Schuljahr etwas nutzen.

Auch die angeblich auf Persönlichkeitsentwicklung und praktische Selbsterprobung gerichteten Maßnahmen zur Berufsvorbereitung erreichen die postulierten Ziele oft nicht: Zu perspektivlos sind die meist auf zehn bis zwölf Monate begrenzten pädagogischen Angebote. Ihnen fehlt der wichtigste Vorzug einer betrieblichen Ausbildung: die soziale Einbindung der Jugendlichen in einen authentischen Arbeitsprozess mit „echten“ Kolleginnen und Kollegen, echten Kunden und Lieferanten, eine Welt, in der die Jugendlichen die Qualitätsanforderungen, aber auch das pragmatische, zeit- und kostenbewusste Vorgehen im Arbeitsalltag aus nächster Nähe kennenlernen können.

Kurz: Es fehlt der Lernort Betrieb als eine unverzichtbare Ressource für jenen betrieblich-praktischen Bildungstyp, der den guten Ruf der in Deutschland ausgebildeten Fachkräfte begründet. Der Lernort Betrieb ist eine knappe Ressource: Anzahl und Qualität der Ausbildungsplätze und auch die Chancen, im Anschluss an

eine Ausbildung auf einen regulären Arbeitsplatz übernommen zu werden, schwanken je nach Konjunktur und Branche stark. (Vgl. Kruse u.a. 2009 und Solga 2009)

Das alles ist seit langem bekannt. Dennoch gibt es kein öffentliches Berufsbildungssystem, das das wesentlich in privater Verantwortung liegende duale System der betrieblichen Berufsausbildung sinnvoll ergänzen würde.

Zwar gibt es die Möglichkeit, interessante und auch zukunftssträchtige, sogenannte Schulberufe wie die Assistenzberufe in der Informatik, im Medienbereich, in der Pharmazie oder Berufe im Gesundheitsbereich zu erlernen. Diese setzen aber oft hohe Schulabschlüsse und gute Noten voraus. Das Platzangebot ist begrenzt. Und in den besonders begehrten Bereichen werden gepfefferte Schulgebühren von 300 Euro und mehr pro Monat verlangt. Das eigentlich nur noch sprichwörtlich gemeinte Lehrgeld ist damit wieder ganz real zu zahlen.

Soziale Selektivität - nicht nur im allgemeinbildenden Schulwesen

Die Chancen, schulisch und beruflich erfolgreich zu sein, sind ungleich verteilt. Besonders schlechte Chancen haben Kinder aus bildungsfernen oder einkommensschwachen Familien. Darunter viele Jugendliche mit Migrationshintergrund, die gleich doppelt benachteiligt werden: selbst bei guten Schulnoten haben sie deutlich schlechtere Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Schon ein ausländisch klingender Name führt zu Vorbehalten wegen ihrer vermeintlichen Andersartigkeit. Ihre Bewerbungen werden oft aussortiert.

Es ist wenig überraschend, dass sich fast alle Jugendlichen Erfolg im Beruf wünschen, weil sie wissen, dass erst ein gesichertes und ausreichendes Einkommen die Grundlage für ein unabhängiges, nach eigenen Wünschen gestaltetes Leben bietet. Die

weit überwiegende Mehrheit möchte sich aber auch in der Erwerbsarbeit selbstverwirklichen. Ihr zukünftiger Beruf soll sinnvoll und sozial anerkannt sein.¹

Trotz gleicher Wünsche werden die Jugendlichen dann aber durch ihre unterschiedlichen Schulbiographien in zwei große Lager getrennt: Eine Mehrheit von etwa 60 Prozent der Jugendlichen ist zuversichtlich. Diese Jugendlichen unterscheiden sich deutlich von denjenigen 40 Prozent, die sich angesichts der desolaten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt frühzeitig in einer „Verliererposition“ erleben.

In den regelmäßig durchgeführten Shell-Jugendstudien werden die leistungs- und arbeitsbezogenen Wertorientierungen von Jugendlichen erfasst. Danach erscheinen knapp zwei Drittel der Jugendlichen auf den Wettbewerb um attraktive Erwerbspositionen gut vorbereitet. Es gibt eine etwa 30 % starke Leistungselite von „selbstbewussten Machern“, Männern wie Frauen, die ihre beruflichen und privaten Ziele hocheffizient verfolgen. Für sie gehen Selbstverwirklichung und Selbstdisziplin in eins. Sie kalkulieren beständig den Nutzen ihrer Aktivitäten, investieren gezielt in die Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Das von Foucault beschriebene Konzept der Selbstführung geht hier voll auf. Doch die permanente Arbeit an der eigenen Performance hat auch Schattenseiten: für politische oder soziale Aktivitäten finden diese Jugendlichen kaum noch Zeit, womöglich können sie unter Karrieregesichtspunkten auch gar keinen Sinn darin erkennen.

In der zweiten, ebenfalls etwa 30 Prozent umfassenden Gruppe von Jugendlichen mit guten schulischen Erfolgen, sind die jungen Frauen in der Mehrzahl. Diese Jugendlichen verbinden einen ebenso effizienten und

erfolgsorientierten Bildungsweg mit einem Schuss Idealismus.

Sie schauen auch über den Teller, auf Menschen und Themen jenseits ihrer persönlichen Karriereambitionen. Diese Jugendlichen nehmen ihre soziale Umwelt einfühlsamer und weniger taktisch wahr, engagieren sich auch sozial und politisch.

Um diese beiden Gruppen der erfolgreichen und zu Recht zuversichtlichen Jugendlichen muss man sich wenig Sorgen machen. Betriebe schätzen sie als Auszubildende und oft finden sie über Abitur und Studium Zugang zu qualifizierter Arbeit. Das einzige, was man vielleicht fürchten muss, ist der Umstand, dass gerade diese zielstrebigsten und leistungsstarken Jugendlichen angesichts einer immer angespannteren Lage auf dem Arbeitsmarkt ihre gesamte Energie in ihre berufliche Laufbahn stecken werden. Ihr hohes intellektuelles und persönliches Potential könnte so für wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben wie Elternschaft, bürgerschaftliches Engagement und politische Mitgestaltung verloren gehen. Die allgegenwärtige Klage über zu hohe Scheidungs- und zu niedrige Geburtenraten ließe sich unter dem Schlagwort fehlender Work-Life-Balance auch als Bildungsaufgabe lesen.

Pädagogisch anspruchsvoller ist die Förderung und Ausbildung einer weiteren Gruppe von Jugendlichen, die den Glücksversprechen unserer Gesellschaft - man denke nur an den Slogan: Aufstieg durch Bildung - nicht mehr wirklich traut. Die letzte Shell-Jugendstudie unterscheidet hier zwei Gruppen, die jeweils etwa 20 % der Jugendlichen umfassen.

Zunächst eine stärker von jungen Frauen besetzte Gruppe. Diese Jugendlichen sind anpassungs- und kompromissbereit, aber eben auch skeptisch. Sie brauchen, so Hurrelmann, die „beharrlich ausgestreckte Hand“. Sie brauchen aktive Unterstüt-

zung und Beratung auf dem Weg in die Arbeitswelt.

Wenn ab 2013 die Schulabgangsklassen kleiner werden, dann stellen diese Jugendlichen für die Anbieter betrieblicher Ausbildungsplätze die eigentliche Begabungsreserve dar. Ihre Mobilisierung ist aber nicht nur aus ökonomischen Gründen, mit Blick auf einen demografisch bedingten Fachkräftemangel, zu fordern.

Stärker noch als die Gruppe der selbstbewussten Macher, droht diese Gruppe von jungen Menschen, ein passives und eher gleichgültiges Verhältnis zu ihrem Gemeinwesen zu entwickeln. Sie sind zwar bereit, sich mit einer ökonomisch bescheidenen Lebenslage abzufinden. Die innere Verbundenheit mit der Gesellschaft, die ihnen diesen sozial niedrigen Rangplatz zuweist, geht dabei aber verloren. Wahlenthaltung und fehlendes politisches Engagement, der Rückzug ins Private sind typische Reaktionsmuster.

Das erkennbare Demokratiedefizit, die Verweigerung einer gleichberechtigten Teilhabe an Bildungs- und beruflichen Entwicklungschancen, schlägt auf die Gesellschaft zurück. Der Erschwernis von beruflicher und damit immer auch sozialer Integration folgt der innere Rückzug eines erheblichen Teils der Bürgerinnen und Bürger. Die Idee des aktivierenden Staates, ein Kernelement der Hartz IV-Reformen, zielt darauf, diese Menschen mehr oder weniger sanft zu zwingen, sich für ihre Entwicklung selbst verantwortlich zu fühlen. Das ist allerdings ein recht durchsichtiger Versuch, gesellschaftliche Missstände in individuelles Versagen umzudeuten.

¹ Vgl. die Shell-Jugendstudien für diesen stabil wiederkehrenden Befund, Hurrelmann/Albert 2006. Zu den unterschiedlichen Lebenssituationen von Jugendlichen vgl. Hurrelmann 2009.

Die sozialintegrative Funktion beruflicher Bildung am Beispiel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In der politisch zurückhaltenden und eher skeptischen Gruppe von Jugendlichen sind auch die Kinder und Enkelkinder aus eingewanderten Familien überproportional vertreten. Gegen die fahrlässige Ausgrenzung dieser Jugendlichen wurde in Berlin die Kampagne „Berlin braucht Dich!“ initiiert. Sie lädt die Jugendlichen in den Öffentlichen Dienst und in die Berliner Landesbetriebe mit ihrem breiten Spektrum an Ausbildungsberufen und Arbeitsbereichen ein. Das Ziel der Kampagne: Jugendliche aus eingewanderten Familien sollen mit demselben Anteil an den Ausbildungen im Öffentlichen Dienst vertreten sein, der ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht - mit 25 Prozent!

Eine Fotoausstellung zur Kampagne zeigt Auszubildende mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst. In den Gesichtern der Auszubildenden ist abzulesen: Wenn man Jugendlichen die Chance zu einer qualifizierten Ausbildung und sinnvollen Arbeit bietet, dann sind ihr Engagement, ihre Leistungen, ihre Begeisterung für den Beruf und auch ihr berechtigter Stolz überwältigend groß.

Der Erfolg dieser Kampagne zeigt: Es sind weniger die Jugendlichen, die sich ändern müssen, als vielmehr die Gesellschaft der Erwachsenen, die endlich einen Weg finden muss, der gesamten nachwachsenden Generation einen guten Einstieg in die Arbeitswelt zu geben.

www.berlin-braucht-dich.de

Die Ausgeschlossenen

Die „letzte“ Gruppe stellt die aus schul- und berufspädagogischer Sicht größte professionelle Herausforderung dar. Diese Jugendlichen repräsentieren nicht so sehr die Versager als vielmehr das Versagen des Schul-

systems selbst: 20 Prozent einer Generation, also jeder fünfte Jugendliche, und zwar mehrheitlich männliche Jugendliche, sind vom klassischen Schulunterricht, der immer noch viel zu oft bewertet und aussortiert, statt erfolgreich zu fördern, überhaupt nicht erreicht worden. Die zahlreichen Erlebnisse des Versagens, die Beschämung und Demütigung, die ihren schulischen Werdegang durchziehen, haben sie nicht freundlicher, nicht kooperationsbereiter, nicht höflicher und auch nicht toleranter gemacht. Wieso wohl auch?

Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit, Verantwortungsbereitschaft oder Selbständigkeit – es gab für sie keinen Ort, an dem sie diese Fähigkeiten hätten entwickeln können. Und niemand hat etwas Wirkungsvolles gegen die schiefe Bahn ins Abseits unternommen. Das Übergangssystem, in dem diese Jugendlichen schließlich landen, ist häufig von so deprimierend perspektivlosem Aufbewahrungscharakter, dass die Abbruchquoten und Fehlzeiten auch hier wieder hoch sind.

Diese Verlierer des Bildungssystems sind zornige junge Männer, seltener Frauen. Sie antworten auf ihre Ausgrenzung mit zum Teil unkontrollierter Aggression. Mit Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus drücken sie ihren Protest gegen die falschen Versprechungen einer Demokratie aus, in der es für sie keinen Platz gibt. (Vgl. Bude 2008)

Die sozialpolitischen und pädagogischen Konzepte in diesem Bereich sind derzeit sowohl quantitativ wie qualitativ unzureichend. Es gibt zwar zahlreiche engagierte, oft auch ehrenamtlich unterstützte und von Sponsoren geförderte Einzelprojekte. Es fehlt aber eine strukturelle Antwort auf das Phänomen der gesellschaftlichen Spaltung in erfolgreiche und erfolglose junge Menschen. Die Forderung nach einem öffentlich finanzierten Berufsbildungssystem, das auf betriebliche Lernorte keinesfalls verzichten kann, wird Jahr um Jahr wegen vermeintlich

wichtigerer Interessen zurückgestellt. Auch in der untersten Gruppe der Bildungsverlierer, sind Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional betroffen. Der Skandal ihrer Ausgrenzung ist aber nur das sichtbare Zeichen für den Zerfall eines sozialen Zusammenhangs, in dem auch ein viel zu großer Teil deutschstämmiger Jugendlicher in ein Leben ohne Zukunftsperspektiven abgedrängt wird. Der penetrante, ausgerechnet an die ausgeschlossenen Subjekte gerichtete Appell, sie mögen sich doch bitte besser integrieren, verleugnet, dass echte Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen nur auf gleichen Rechten und gleichen Chancen gründen kann. Die unfaire Art des bisherigen Wettbewerbs um berufliche Chancen muss aufgehoben werden.

Kommunale Verantwortung für den Übergang zwischen Schule und Beruf

Die Kampagne „Berlin braucht Dich!“ schafft einen kommunalen Bezug in der Frage, wer eigentlich die Verantwortung für die Integration aller Staatsbürger und Einwohner, unabhängig von ihrer Herkunft, hat. – Indem konkrete Betriebe und Dienststellen in die Pflicht genommen werden, zeigt sich die Ernsthaftigkeit des Anliegens. Dieser Ansatz öffentlicher Verantwortung nimmt in vielen Kommunen zu; sie haben sich in der Weinheimer Initiative² zusammengeschlossen. Ihr Leitbild: Bildung ist mehr als Schulbildung. Die berufliche Bildung muss stärker als Teil eines öffentlich zu verantwortenden Bildungssystems wahrgenommen und so ausgestattet werden, dass allen Jugendlichen ein erfolgreicher Übergang ins Arbeitsleben gelingen kann.

Damit greift die Weinheimer Initiative die erneute Debatte um die Funktion und die Funktionsmängel des Dualen

² Vgl. www.freudenberg-stiftung.de

Systems auf.³ Sie verknüpft Fragen der sozialen Integration mit Fragen der regionalen Wirtschaftsförderung und nachhaltiger Bildung durch qualitativ gute, attraktive Ausbildungsplätze, die zum Bedarf an Fachkräften vor Ort und in der Region passen.

Die mit der Reform des Berufsbildungsgesetzes ermöglichte Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes in öffentlicher Verantwortung ist bislang noch wenig genutzt worden. Das hängt auch mit einer überfälligen Reform der Berufsschulen zusammen. Sie sind, durch ihre Beschränkung auf die Rolle der theoretischen Zuarbeit im Dualen System, zu weit von den praktischen Arbeitsprozessen in den Betrieben entfernt. Die in den 90er Jahren verfolgte Idee, Berufsschulen zu Regionalen Berufsbildungszentren zu machen, die über den Fortbildungsbedarf der Betriebe eine unmittelbare Kenntnis der Veränderung beruflicher Anforderungen hätten erwerben können, ist im wesentlichen an Zuständigkeitsfragen und der Konkurrenz zu anderen Bildungsträgern vor Ort gescheitert. - Die Schule sollte im Schulhaus bleiben, sie blieb damit aber auch von der zeitnahen Auseinandersetzung mit dynamischen Entwicklungen in Technik und Arbeitsorganisation der Betriebe abgeschnitten. (Vgl. Koch 2009, 108) - Als Referenzpunkt der Unterrichtsinhalte dient weiterhin die jeweilige Fachwissenschaft des Berufsfeldes. Für das mit dem „Lernfeldkonzept“ empfohlene didaktische Prinzip der Lehrstoffauswahl durch Handlungsorientierung fehlen allzu oft aktuelle Bezüge zu praktischen Arbeitsaufgaben und Verfahrensweisen. Die vom Lernfeldkonzept zwingend

geforderten Anwendungsfälle wirken konstruiert und entbehren genau jener Anschaulichkeit und jenes lebendigen Kontextes von Kunden, Kollegen und Lieferanten, die den betrieblichen Alltag als Lernort attraktiv und funktional machen.

Ausbildungsverbünde mit überbetrieblichen Lehrwerkstätten zeigen, dass die Verschränkung beruflicher Praxis mit ihrer theoretischen Reflexion sehr viel systematischer betrieben werden kann als in der traditionell starren Trennung der dualen Lernorte Berufsschule und Betrieb.

Die Übernahme öffentlicher Verantwortung dafür, dass alle Jugendlichen Zugang zu beruflicher Bildung finden, könnte in diesem Sinne auch Bewegung in die verhärtete Auseinandersetzung über die historisch bedingte Vorrangstellung des Dualen Systems bringen. Mit einem zusätzlichen Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen, das natürlich nicht auf betriebliche Praxisphasen verzichten dürfte, das die Ausbildung aber in großen Teilen durch Berufsschulen und ggf. weitere Bildungsträger leisten würde, würde eine produktive Konkurrenz zu den privaten Betrieben, die Ausbildungen in eigener Regie durchführen, entstehen: Die Betriebe müssten sich für SchulabgängerInnen attraktiv machen, ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot ausweisen und bessere Übernahmeangebote machen. - Umgekehrt wäre damit eine praxisbezogene Ausstattung der Berufsschulen mit entsprechendem Bildungspersonal und zugehörigen Werkstätten unabdingbar. Die Öffnung der Berufsschulen hin zur beruflichen Weiterbildung, aber auch zur engen Kooperation mit Betrieben, die Praktikumsplätze zur Verfügung stellen, würde den Bezug zur dynamischen Entwicklung in der Arbeitswelt sicherstellen.

Die kommunale Verantwortung der Schulträger würde sich so auch auf die Inhalte der beruflichen Bildung, speziell mit Blick auf den aktuellen aber auch zukünftigen Qualifikationsbedarf

der örtlichen und regionalen Privat- wie Gemeinwirtschaft, ausweiten.

Literatur

- BUDE, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. Bonn
- HURRELMANN, Klaus (2009): Die Lebenssituation der jungen Generation. In: Zukunft in die Schule holen. Lebensplanung, Arbeits- und Berufsorientierung hrsg. vom GEW Hauptvorstand. Bielefeld
- HURRELMANN, Klaus/Albert, Mathias/TNS Infratest Sozialforschung (2006): 15. Shell Jugendstudie - Jugend 2006. Frankfurt am Main
- KOCH, Johannes (2009): Welches Wissen brauchen Facharbeiter und wo bekommen sie es her? In: Heidemann, Winfried/Kuhnhenne, Michaela (Hrsg.): Zukunft der Berufsausbildung. edition Hans-Böckler-Stiftung 235, 99-112
- KRUSE, Wilfried/Strauß, Jürgen/Braun, Frank/Müller, Matthias (2009): Rahmenbedingungen der Weiterentwicklung des dualen Systems beruflicher Bildung. Arbeitspapier 167, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- SOLGA, Heike (2009): Wissensgesellschaft: Paradigmenwechsel in der beruflichen Bildung. In: Heidemann, Winfried/Kuhnhenne, Michaela (Hrsg.): Zukunft der Berufsausbildung. edition Hans-Böckler-Stiftung 235, 21-37

Kirsten Lehmkuhl
Institut für Erziehungswissenschaft
TU Berlin
kirsten.lehmkuhl@tu-berlin.de

³ Heike Solga belegt fünf Probleme des Dualen Systems mit statistischen Zahlen: Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze sinkt in Abhängigkeit von Konjunktur und Strukturwandel, so dass in 2006 fast 40% der Neuzugänge in die berufliche Bildung in das sogenannte Übergangssystem erfolgten. Ein Fünftel aller Ausbildungsverträge wird vorzeitig gelöst. Die Übernahmequote nach erfolgreicher Abschlussprüfung lag 2006 in den alten Bundesländern bei knapp 60%, in den neuen bei weniger als 50%. Ein Drittel aller erfolgreichen AusbildungsabsolventInnen findet keine Anstellung im erlernten Beruf und gibt an, die in der Ausbildung erworbenen Fachkenntnisse auf dem jetzigen Arbeitsplatz nicht mehr verwenden zu können. (Vgl. Solga 2009, 21ff.)